

Bebauungsplan „Solarpark Bruchweiler“ in der Ortsgemeinde Bruchweiler, Nationalparkverbands-gemeinde Herrstein-Rhaunen

Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10a Abs. 1 BauGB

Dem Bebauungsplan ist eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde.

1. Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange

Zum Bebauungsplan wurde eine Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt und ein Umweltbericht gem. § 2 a BauGB erstellt. Hier wurden die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB untersucht, umweltbezogene Auswirkungen ermittelt sowie mögliche Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich geprüft. Die Behörden und Träger sonstiger öffentlicher Belange wurden frühzeitig zu Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung befragt.

Wesentliche Grundlagen der Aufstellung des Bebauungsplanes waren Informationen zu den wesentlichen Aspekten der Schutzgüter, wie bspw. Schutzgebiete, Topografie, Nutzungen usw.

Die Umweltprüfung für den Bebauungsplan kam bei den umweltschützenden Belangen zu folgenden Ergebnissen:

- Schutzgut Boden: aus der BFD 50 abgeleiteter Bodenfunktionserfüllungsgrad sehr gering bis gering; Natürliche Bodenfunktionen haben insgesamt eine mittlere Wertigkeit; Vielfalt von Bodentypen sehr gering; Vorbelastung durch intensive landwirtschaftliche Nutzung; vorhabenbedingte Beeinträchtigungen durch Versiegelung und Überbauung mit Modulen (Beschattung, Veränderung Bodenwasserhaushalt); Vorgabe von Maßnahmen: Erosionsschutzmaßnahme (Dauerhafte Begrünung), Nutzungsextensivierung (Verzicht von Dünge- und Pflanzenschutzmittel, Mindestabstand von Modulreihen, Natürliche Sukzession), Bodenschutzmaßnahmen, Baufeldabgrenzung und -begrünung; Auslösung einer erheblichen Beeinträchtigung die im Rahmen der Biotopbilanzierung ausgeglichen wird
- Schutzgut Wasser: kein Oberflächengewässer direkt betroffen; Einzugsgebiet für Fließgewässer mit guter Qualität; mittlere Funktionsbewertung für Oberflächengewässer und für das Grundwasser; teilweise innerhalb der Zone III des Wasserschutzgebietes „Steinbachtalsperre“; keine Relevanz für Hochwasserschutz; Vorbelastung durch intensive Landwirtschaft; mittlere Wirkintensität; erhebliche Beeinträchtigung, die durch im Rahmen der Biotopbewertung kompensiert werden; positive Wirkungen erwartet, da bei Extensivierung kein Eintrag von Pestiziden und

Düngemitteln; Vorgabe von Maßnahmen: Grundwasserschutz, Baufeldabgrenzung und -begrünung, Nutzungsextensivierung (Verzicht von Dünge- und Pflanzenschutzmittel, Mindestabstand von Modulreihen, Natürliche Sukzession)

- Schutzgut Klima und Luft: mittlere geländeklimatische / lufthygienische Ausgleichsfunktion sowie mittlere Klimaschutzfunktion; anlagebedingt geringe Wirkintensität, baubedingt mittlere Wirkintensität; keine relevante lokalklimatische Veränderung zu erwarten; keine erhebliche Beeinträchtigung; positive Wirkung des Vorhabens, da PV-Nutzung einen wichtigen Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes leistet; Maßnahmen: Bodenschutz und Grundwasserschutz
- Schutzgut Pflanzen: keine geschützten Pflanzenarten erfasst; mittlere Bedeutung des Standortes durch wertige Biotope im Umfeld; keine Beeinträchtigung der umliegenden Biotope zu erwarten; geringe Bedeutung für die Sicherung der biologischen Vielfalt; lebensraumtypische Vegetation; Hohe Wirkintensität des Vorhabens durch Überbauung; Nutzungsextensivierung hat auch positive Effekte, daher insgesamt erhebliche Beeinträchtigung, die im Rahmen der Biotopkompensation ausgeglichen wird; Maßnahmen: Baufeldabgrenzung, Verzicht auf Dünge- und Pflanzenschutzmittel
- Schutzgut Tiere: insgesamt hohe faunistische Bedeutung bei hoher vorhabenbedingter Wirkintensität für einige Arten (artspezifisch); Vorbelastung durch nahe L 162 und intensive Agrarwirtschaft; Brutvorkommen der Feldlerche: zukünftiger Solarpark wird wahrscheinlich als Lebensraum genutzt werden, im Rahmen einer worst case - Betrachtung allerdings Durchführung artenschutzrechtlich begründeter Ausgleichsmaßnahmen („Entwicklungsmaßnahmen im Ackerland“); keine Gehölzentfernungen durch das Vorhaben; keine signifikante Verschlechterung des Lebensraums für die Haselmaus sowie für Fledermausarten; keine erhebliche Beeinträchtigung von Habitaten für Schmetterlinge und Libellen; Ausgleichsmaßnahmen auf im direkten räumlichen Zusammenhang liegenden Flächen mit artspezifischen Aufwertungsmaßnahmen insbesondere zur flächigen Förderung der Feldlerchen; Anlage von Blühflächen und Schwarzbrachestreifen; keine Auslösung eines artenschutzrechtlichen Verbotstatbestandes nach BNatSchG bei Einhaltung der Vermeidungs-, Minimierungs-, Gestaltungs- und Ausgleichsmaßnahmen
- Biologische Vielfalt: Plangebiet hat geringe Bedeutung für Biodiversität und (über)regionalen Biotopverbund; bei entsprechender Zaungestaltung (Gestaltungsmaßnahme „Durchlässigkeit der Zaunanlage“) kommt es zu keinen relevanten lokalen Zerschneidungs- oder Barriere-Effekten; keine gesetzlich geschützten Biotope oder Lebensräume nach Anhang 1 der FFH-Richtlinie betroffen; kein hochwertiger oder bedeutsamer Lebensraum von bedeutsamen Tierarten inkl. bedeutsamer Vogelrastgebiete beeinträchtigt; potenzieller Verlust von Revieren der Feldlerche durch Maßnahme ausgleichbar; keine Umweltschädigung im Sinne des Umweltschadensgesetzes; Kompensationsbedarf kann durch vorgesehene Maßnahmen innerhalb des Plangebietes vollständig gedeckt werden (Baufeldabgrenzung, Begrünung des Baufelds, Natürliche Sukzession, Einrichtung von Mahdregimen, Boden- und Grundwasserschutz, Verzicht auf Dünge- oder Pflanzenschutzmittel)

- Schutzgut Landschaft: mittlere Funktion für das Erleben und Wahrnehmen von Landschaft und geringe Funktion für die landschaftliche Vielfalt; keine Betroffenheit (historisch bedeutsamer) Kulturlandschaften; eingeschränkte Sichtbarkeit der Anlage durch Topografie und Vegetation; aufgrund der Entfernung zu Siedlungen keine das Landschaftsbild dominierende oder qualitativ stark überprägende Wirkungen; erhebliche Beeinträchtigungen werden durch Biotopkompensation ausgeglichen
- Schutzgut Mensch: siedlungsferner Standort (> 400 m), daher keine erhebliche Beeinträchtigung der direkten Wohnumfeldqualität (insbesondere der menschlichen Gesundheit); angrenzender Wanderweg (Traumpfad) führt zu mittlerer Bedeutung des Plangebietes; bauzeitliche Lärmbelastung durch die ausreichend große Entfernung zur nächstgelegenen Siedlung nicht gesundheitsgefährdend; unwesentliche Einschränkung der Erholungsfunktion im Umfeld durch die Sichtbarkeit der Anlage auf Teilen des Traumpfads; die das Umfeld durchziehenden, bestehenden Feldwirtschaftswegen können weiterhin uneingeschränkt genutzt werden; keine Trennung von essenziellen Wegeverbindungen; die erhebliche Beeinträchtigung wird durch integrierte Biotopbewertung ausgeglichen; CO₂-freie Erzeugung elektrischer Energie hat positiven Effekt auf die menschliche Gesundheit
- Schutzgut Kultur- und Sachgüter: keine Kultur- und Baudenkmäler betroffen; Befundzone für archäologische Verdachtsfälle betroffen, daher mittlere Funktionsbewertung des Plangebietes; Durch den Bau entsteht eine hohe Intensität vorhabenbezogener Wirkungen für die archäologische Verdachtsfläche; daher erhebliche Beeinträchtigung besonderer Schwere; Schutzgutspezifische Maßnahme „Punktueeller Einsatz von Betonfundamenten“ verhindert eine erhebliche Beeinträchtigung der archäologischen Verdachtsfläche
- Für die fachgerechte Umsetzung der Maßnahmen und die Berücksichtigung natur- und artenschutzfachlicher Belange ist eine ökologische Baubegleitung vorgesehen
- Schutzgebiete: keine Natura-2000-Schutzgebiete, Nationalparke sowie Naturschutzgebiete betroffen; indirekte Beeinträchtigungen können aufgrund der ausreichend großen Entfernung ausgeschlossen werden; Das Plangebiet liegt innerhalb von einem Landschaftsschutzgebiet, einem Naturpark, vernetzten Biotopsystemen und einem Wasserschutzgebiet; Beeinträchtigungen werden unter Beachtung der Vermeidungs-, Minimierungs- und Gestaltungsmaßnahmen ausgeschlossen

2. Art und Weise der Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Zur Berücksichtigung möglichst vieler relevanter Belange wurde vom 05.09.2022 bis zum 07.10.2022 eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB und Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Zu der Planung haben sich während der frühzeitigen Beteiligung Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange geäußert.

Die Gesundheitsverwaltung der Kreisverwaltung Birkenfeld hat in ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass ein Teil des Planungsgebietes in einer Grundwasserschutzzone III, hier Schutzzone der „Steinbachtalsperre“, liege. Bei der Baustelleneinrichtung sollten möglichst wenige Schäden am Boden verursacht werden, ebenso sollte die Oberflächenbeschaffenheit so gering wie möglich verändert und eine großflächige Verdichtung durch Baumaschinen oder sonstige Geräte vermeiden werden. Bei allen Arbeiten mit wassergefährdenden Stoffen (wie z.B. Öle, Schmiermittel, usw.) seien entsprechende Vorrichtungen und Wannen vorzuhalten, die bei einem Störfall verhindern, dass diese Stoffe in den Boden eindringen können. Es sei bei den Arbeiten zur Aufstellung des Solarparks darauf zu achten, dass weder Wassergefährdende Stoffe, Schutt noch sonstige Abfälle, die eine wassergefährdende Eigenschaft aufweisen, dort abgelagert werden (weder dauerhaft noch temporär). Das Risiko der unterirdisch verlegten Kabeltrasse sei für das Schutzgebiet als niedrig einzustufen. Den Hinweisen wurde gefolgt. Auf Grundlage des zwischenzeitlich erstellten Umweltberichtes wurden Vermeidungs-, Verminderungs- und Kompensationsmaßnahmen definiert, die als Festsetzungen in den Bebauungsplan aufgenommen wurden.

Das Dienstleistungszentrum ländlicher Raum (DLR) hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass gemäß § 42 Nachbarschaftsgesetz Rheinland-Pfalz Einfriedigungen von der Grenze eines landwirtschaftlich genutzten Grundstückes, das außerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils liegt und nicht in einem Bebauungsplan als Bauland zugewiesen ist, auf Verlangen des Nachbarn 0,5 m zurückgesetzt werden müssen und Einfriedigungen ebenfalls von der Grenze eines Wirtschaftsweges 0,5 m zurückgesetzt werden müssen. Der Hinweis wurde als Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.

Das Forstamt Idarwald hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass zum Schutz des geplanten Solarparks vor umstürzenden Bäumen aus dem angrenzenden Waldgebiet ein ausreichend dimensionierter Schutzabstand zum angrenzenden Wald eingehalten werden sollte. Demnach seien - gem. den Vollzugshinweisen zur Landesverordnung über Gebote für Solaranlagen auf Ackerland- oder Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten - zum nördlich angrenzenden Wald 30 m, zum südlichen Wald 180 m und zum westlichen bzw. östlichen Wald 90 m Abstand einzuhalten. In der Konsequenz dieser ministeriellen Vorgaben wurde deshalb gefordert, dass zu den Waldorten Abt. 2a und 4a des gemeindlichen Forstbetriebs Bruchweiler, die der geplanten Anlage im Westen vorgelagert sind, ein Mindestabstand von 90 m einzuhalten seien. Bei Einhaltung eines solchen Mindestabstands wäre der schuldrechtliche Haftungsverzicht des Betreibers entbehrlich. Dem Hinweis wurde insofern gefolgt, dass die Baugrenze auf einen Abstand von 30 m zum angrenzenden Wald zurückgezogen wurde.

Die Generaldirektion Kulturelles Erbe, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier wies in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass direkt südlich des Geltungsbereiches Grabfunde (Steinkisten, Steinsärge) aus der Römerzeit aktenkundig (GDKE-interne Bezeichnung Bruchweiler 1) seien. Die genaue Ausdehnung des Bestattungsplatzes sei nicht bekannt. Daher wurde das Gebiet als archäologische Verdachtsfläche eingestuft. Dies bedeute, dass damit gerechnet werden müsse, dass bei Bodeneingriffen bislang nicht bekannte Funde gemäß § 16 DSchG RLP zum Vorschein kommen könnten. Zur archäologischen Sachverhaltsermittlung wurde daher gefordert, dass die Areale, in denen Bodeneingriffe vorgesehen sind, durch geophysikalische Prospektionen (Magnetik) nach archäologischen Vorgaben zu untersuchen seien. Ggf. müsse dort bei unklaren Befundlagen zusätzlich der

Oberboden nach archäologischen Vorgaben mechanisch mit Baumaschinen (Bagger) entfernt werden. In Freiflächen (Wiesen, Ackergelände) seien die magnetischen Prospektionen vor jeglichen Bodeneingriffen vorzunehmen. In den Ergebnissen dieser zerstörungsfreien Messungen zeichnen sich archäologische Befunde in der Regel deutlich ab. Erst anhand der Messbilder könne eine detaillierte bodendenkmalpflegerische Stellungnahme angefertigt werden. Die Messergebnisse seien ggf. durch archäologisch beaufsichtigte Baggersondagen zu validieren. Dies sei in den Bauzeitenplänen zu berücksichtigen. Da nach § 21 (3) DSchG der Veranlasser von archäologischen Untersuchungen für die Erstattung von Kosten herangezogen werden kann, seien die Prospektionen von den Bauherren bzw. Veranlasser zu finanzieren und von einem nachweislich befähigten Dienstleister durchzuführen. Die GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier sei bei der inhaltlichen und zeitlichen Planung der Prospektionsmaßnahmen zu beteiligen. Bei der Vergabe der Prospektionsarbeiten sei die GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier dann nachrichtlich zu beteiligen. Die ausführende Fachfirma benötige eine projektspezifische Nachforschungsgenehmigung gemäß § 21 (1) DSchG. Die Anfrage hierfür sei rechtzeitig an die GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier zu richten, die das Benehmen mit der Unteren Denkmalschutzbehörde herstellt, welche die Genehmigung erteilt. Die Prospektionsergebnisse sind der GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier sowohl in digitaler als auch in analoger Form rechtzeitig zu übermitteln. Es wurde darauf hingewiesen, dass sich die archäologischen Prospektionen auch zur Kampfmitteldetektion eignen. Dies sei bei den Fachfirmen eigens anzufragen. Es wurde darauf hingewiesen, dass archäologische Ausgrabungen folgen könnten und durchgeführt werden müssen. Hierbei sei auf § 21 (3) DSchG RLP verwiesen, nach dem der Veranlasser an den anfallenden Kosten beteiligt werden kann. Die archäologischen Ausgrabungen könnten je nach Ausmaß einer Befundlage mehrere Wochen oder Monate in Anspruch nehmen. Der zeitliche Aufwand sollte in den Bauplanungen einkalkuliert werden. Die Baufirmen seien über den archäologischen Sachverhalt zu informieren. Es wurde nachdrücklich empfohlen, dass sich der Bauträger möglichst frühzeitig mit der GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier in Verbindung setzen. Der Vorhabenträger hat zur vorherigen bodendenkmalpflegerischen Sachverhaltsermittlung eine geophysikalische Prospektion (24.04/25.04/27.04.2023) durchführen lassen. In den Messergebnissen waren im zentralen Bereich der Planfläche bauliche Strukturen erkennbar, die auf römische Hinterlassenschaften hindeuten und in der Regel unmittelbar unterhalb des Oberbodens anstehen. Gegen Planung wurde mit ergänzender Stellungnahme vom 29.02.2024 Einspruch eingelegt. Aus diesem Grunde hatte der Vorhabenträger mit der Landesarchäologie Trier die Möglichkeiten zur Überwindung des Einspruches ausgetauscht. Dabei wurde vereinbart, dass die Errichtung der Anlage in dem kartierten Bereich mit Bodendenkmälern gemäß § 3 DSchG RLP ohne jegliche Bodeneingriffe vorzunehmen ist. Der in der v.g. Stellungnahme vom 29.02.2024 formulierte Einspruch wurde zurückgewiesen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Zustimmung vorbehaltlich der Durchführung der v.g. Maßnahmen (Errichtung der Anlage ohne jegliche Bodeneingriffe im kartierten Bereich) erfolge. Davon abgesehen sei insgesamt nur ein geringer Teil der tatsächlich im Boden vorhandenen archäologischen Fundstellen/Denkmäler bekannt. Eine vorbehaltliche Zustimmung der Direktion Landesarchäologie Trier sei an die Übernahme von Bedingungen und Auflagen gebunden. Den Hinweisen der GDKE wurde gefolgt. Die Denkmalzone wurde zeichnerisch in die Planzeichnung aufgenommen. Zudem wurde eine nachrichtliche Übernahme gem. § 9 Abs. 6 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.

Das Landesamt für Geologie und Bergbau hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass im Bereich des Bebauungsplanes "Solarpark Bruchweiler" kein Altbergbau dokumentiert sei und aktuell kein Bergbau unter Bergaufsicht erfolge. Es wurde darauf hingewiesen, dass in der Gemarkung Bruchweiler untertägiger Abbau von Dachschiefer dokumentiert sei. Dachschiefer sei gemäß Bundesberggesetz kein bergfreier Bodenschatz und somit sei für die Gewinnung dieses Rohstoffes keine Bergbauberechtigung notwendig. Beim LGB sei maximal untertägiger Abbau von Dachschiefer verzeichnet. Da die Führung eines Risswerkes erst mit Einführung des allgemeinen Preußischen Bergrechts verpflichtend war (1865), ist auch aus diesem Grunde davon auszugehen, dass die vorhandenen Unterlagen nicht lückenlos sind. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass die Unterlagen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, da grundsätzlich die Möglichkeit bestünde, dass nicht dokumentierter historischer Bergbau stattgefunden haben kann, Unterlagen im Laufe der Zeit nicht überliefert wurden bzw. durch Brände oder Kriege verloren gingen. Sollten der Vorhabenträger bei den geplanten Bauvorhaben auf Indizien für Bergbau stoßen, wurde empfohlen spätestens dann einen Baugrundberater bzw. Geotechniker zu einer objektbezogenen Baugrunduntersuchung einzubeziehen. Der Hinweis des Landesamtes für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz (LGB) wurde im Textteil des Bebauungsplanes ergänzt. Zudem wurden allgemeine bodenschutzrechtliche Hinweise vorgebracht, die als Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen wurden.

Der Landesbetrieb Mobilität Bad Kreuznach wies in seiner Stellungnahme darauf hin, dass der geplante Solarpark gemäß der dargestellten Konzeption außerhalb der Bauverbotszone, jedoch innerhalb der Baubeschränkungszone der Landesstraße errichtet und über einen Feldwirtschaftsweg verkehrlich erschlossen werden soll, der im Zuge der freien Strecke an die Landesstraße anbinde. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass die verkehrliche Anbindung neu zu errichtender baulicher Anlagen über eine direkte oder mittelbare Zufahrt außerhalb des Erschließungsbereiches einer Ortsdurchfahrt grundsätzlich dem Bauverbot des § 22 Absatz 1 Ziffer 2 Landesstraßengesetz (LStrG) unterliege. Es obliegt dabei dem LBM Bad Kreuznach als Straßenbaubehörde im Rahmen einer Ermessensentscheidung darüber zu befinden, inwieweit eine Ausnahmegenehmigung gemäß § 22 Absatz 5 LStrG in Betracht komme. Zur Neuerrichtung baulicher Anlagen gelte zudem eine Baubeschränkungszone von 40 Metern im Sinne des § 23 Absatz 1 LStrG, gemessen vom äußeren befestigten Fahrbahnrand der Landesstraße, in der es zur Errichtung baulicher Anlagen der Zustimmung der Straßenbaubehörde bedürfe. Darüber hinaus stelle die Nutzung einer Zufahrt zu einer Landesstraße außerhalb der Ortsdurchfahrt eine Sondernutzung im Sinne des § 43 Absatz 1 LStrG dar und bedürfe gemäß § 41 Absatz 1 LStrG einer Erlaubnis unserer Straßenbaubehörde. Nach § 43 Absatz 3 LStrG stelle auch die Änderung einer Zufahrt eine Sondernutzung dar und sei damit erlaubnispflichtig; dies gelte auch, wenn die Zufahrt einem erheblich größeren oder einem andersartigen Verkehr als vorher dienen solle. Um im vorliegenden Fall eine Ausnahmegenehmigung vom vor genannten bestehenden Bauverbot und damit einhergehend die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis prüfen zu können, seien der Dienststelle aus Gründen der Verkehrssicherheit Detailpläne der Zufahrt und Nachweise zur einvernehmlichen Abstimmung vorzulegen. Die Hinweise wurden berücksichtigt. Es wurden die in der Stellungnahme geforderten Einzelnachweise erstellt, die dem Landesbetrieb Mobilität Bad Kreuznach parallel zur formalen Beteiligung zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt wurden. Die allgemeinen Hinweise und Auflagen des LBM wurden als Hinweise in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.

Die Landwirtschaftskammer hat in ihrer Stellungnahme grundsätzliche Bedenken gegenüber der Planung vorgebracht, da der Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen gem. LEP IV flächenschonend zu erfolgen habe. Der Grundsatz G 166 des LEP IV verlange, „dass Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen errichtet werden sollen“. Daher sei bei allen Überlegungen der vorbereitenden Bauleitplanung mit einem konkreten Nachweis zu prüfen, ob im gesamten Raum der jeweiligen Flächennutzungsplanung auf VG-Ebene entsprechende Konversionsflächen zur Verfügung stehen. Nach G 166 sei es demnach erforderlich, dass zunächst nachweislich alle Potentiale von Konversions- und Deponieflächen erschlossen und zu nutzen sind. Weiterhin verlange der flächenschonende Ausbau darüber hinaus die Einbeziehung von Alternativen. Daher seien ergänzend alle Potentiale von Dachflächen in den Kommunen zu ermitteln. Neben privaten Gebäuden zählen hierzu alle Gebäude der öffentlichen Hand. Des Weiteren führe eine Überplanung und Einzäunung der Flächen zu Jagdpachtminderungen, die sich wiederum negativ auf den landwirtschaftlichen Wegebau auswirken würden, da diese in der Regel von Geldern der Jagdgenossenschaft mitfinanziert werden. Zudem bestehe die Gefahr, dass sich durch die Umzäunung der PV-Anlage der Wildschaden vermehrt auf den angrenzenden Flächen konzentriert. Für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen sollte grundsätzlich keine naturschutzfachliche Kompensation eingefordert werden. Durch die Erzeugung regenerativer Energie und durch die i.d.R. extensive Nutzung der verbleibenden Flächen ergeben sich bereits Aufwertungspotenziale, die verbindlich anzurechnen seien. Solarparks leisten einen Beitrag zur Erreichung der Energiewende im Sinne einer dezentralen Produktion erneuerbarer Energien und dient somit dem Allgemeinwohl. Die Landwirte sind durch den temporären Wegfall von Teilen ihrer Produktionsflächen nicht in ihrer Existenz gefährdet. Auf den Flächen werden keine Pestizide oder sonstige für Flora und Fauna schädlichen Substanzen eingetragen. Darüber hinaus wurden eine Rückbauverpflichtung und Folgenutzung „Landwirtschaft“ per Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen. Somit ist gewährleistet, dass die überplanten Flächen nach Beendigung der photovoltaischen Nutzung wieder für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen können. Zudem wird in § 2 des EEG 2023 der Errichtung von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien, wie folgt Vorrang eingeräumt: „Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.“ In der 2. Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplans Rheinhessen-Nahe ist der Grundsatz des „sparsamen Umgangs mit Boden“ (G_N168) wie folgt definiert: „Von baulichen Anlagen unabhängige Photovoltaikanlagen sollen flächenschonend, insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen sowie auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen errichtet werden.“ Die Alternativenprüfung erfolgte anhand dieser Kriterien. Eine Betrachtung der gesamten Dachflächen der Verbandsgemeinde ist weder umsetzbar noch im Sinne der Gesetzgebung. Es verläuft weder eine Autobahn noch eine Bahntrasse innerhalb der Gemarkung Bruchweiler. Militärische Konversionsflächen auf Bruchweiler Gemarkung sind nicht vorhanden. Es befinden sich keine zivilen und/oder militärischen Konversionsflächen in der Ortsgemeinde Bruchweiler. Gem. dem Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe handelt es sich vorliegend um eine sonstige Landwirtschaftsfläche und nicht um ein Vorranggebiet für die Landwirtschaft. Die Ackerzahlen im Gebiet liegen zwischen 20 bis 40, was dem niedrigen Bereich zuzuordnen ist

(zweitniedrigste Stufe in der 6-stufigen Skala). Auch im Vergleich mit der durchschnittlichen Ertragsmesszahl im Landkreis Birkenfeld, die zwischen 35 und 45 liegt, sowie in der Gemarkung Bruchweiler mit einem Durchschnittswert von 36, liegen die Werte innerhalb des Solarparkgebietes größtenteils im unteren Bereich. Die gewichtete Ackerzahl der nördlichen Fläche bei 32,4. Diese Bewertung spiegelt sich auch bei der Bewertung des natürlichen Ertragspotenzials wider, das laut BFD5L als mittel eingestuft wird. Die Bedeutung des betroffenen Gebietes für die landwirtschaftliche Nutzung ist daher bezüglich der natürlichen Nutzungseignung größtenteils als gering zu bewerten. Zu diesem Ergebnis kommt man auch bei einer Interpretation der Gesamtbewertung der Bodenfunktionsbedeutung bezüglich der landwirtschaftlichen Nutzung (BFD5 L). Dem Boden des Plangebietes wird bezüglich der landwirtschaftlichen Nutzung ein geringer Boden-funktionswert zugeordnet. Bezüglich der natürlichen Standortgegebenheiten kommt dem Solarparkgebiet für die landwirtschaftliche Nutzung demnach insgesamt eine geringe Bedeutung zu. Dies wird dadurch bestätigt, dass die Ortsgemeinde Bruchweiler inkl. Plangebiet gemäß der Neuabgrenzung 2020 zu den benachteiligten Gebieten zählt. Dieser Einstufung folgend wird das Vorhabengebiet im Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe lediglich als „sonstige Landwirtschaftsfläche“, nicht aber als Vorranggebiet für die Landwirtschaft dargestellt. Der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V. wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zur Stellungnahme aufgefordert. Dieser hat keine Bedenken hinsichtlich einer durch das Planvorhaben verursachten Jagdpachtminderung vorgebracht. Sofern durch den Betrieb des Solarparks wider Erwarten eine Jagdpachtminderung verursacht wird, wird eine gemeinsame Regelung zwischen dem Betreiber des Solarparks und der Ortsgemeinde gefunden. Nach Abwägung aller obenstehenden Punkte kann der Photovoltaik-Freiflächenanlage der Vorrang gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung gewährt werden.

Die Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe wies darauf hin, dass mehrere Ziele und Grundsätze der Raumordnung durch den Bebauungsplan betroffen seien. Die Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe bestätigte, dass das Plangebiet für den Solarpark Bruchweiler in einer „Sonstigen Landwirtschaftsfläche“ liege und insoweit als unkritisch betrachtet wird. Die Geschäftsstelle gab dennoch zu bedenken, dass innerhalb des Plangebiets auch Flächen mit einer EMZ größer 35 liegen und somit zum Teil wertvolle Böden für die Landwirtschaft durch den Bau des Solarparks nicht mehr zur Verfügung stünden. Des Weiteren überlagere sich ein Teilbereich mit einem Vorranggebiet Regionaler Biotopverbund. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Untere Naturschutzbehörde anzuhören sei, um die Zielbetroffenheit zu klären. Im Falle der Überlagerung mit dem Vorranggebiet des Grundwasserschutzes wurde die Anhörung der Unteren Wasserbehörde empfohlen. In Abstimmung mit dieser sei zu klären, ob die Planung mit dem Ziel vereinbar sei. Das Plangebiet sei zudem vollständig vom Vorbehaltsgebiet Freizeit, Erholung und Landschaftsbild überdeckt, welches von der Geschäftsstelle im Rahmen der eigenen Ermittlungen von Vorbehaltsgebieten für Freiflächen-Photovoltaik jedoch nur als Kategorie mit geringem Raumwiderstand eingestuft wurde. Dem Hinweis wurde gefolgt. Auf Grundlage der erfolgten Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde wurde der Geltungsbereich aus dem Vorranggebiet Regionaler Biotopverbund zurückgezogen.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord brachte in ihrer Stellungnahme allgemeine Hinweise zur Starkregenvorsorge vor. Es wurde ein entsprechender Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde entsprechend redaktionell ergänzt.

Seitens der Nachbargemeinden wurden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 2 Abs. 2 BauGB keine Hinweise, Einwände oder Bedenken zum vorliegenden Bebauungsplan vorgebracht.

Seitens der Öffentlichkeit wurden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB keine Hinweise, Einwände oder Bedenken zum vorliegenden Bebauungsplan vorgebracht.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 4 Abs.1 BauGB wurden seitens der Behörden Bedenken gegen Teilbereiche des Plangebietes vorgebracht, auf deren Grundlage der Geltungsbereich um fast die Hälfte auf 9,2 ha reduziert werden musste.

Aufgrund der Entfernung zum nächstgelegenen möglichen Netzanschlusspunkt und den damit verbundenen Kosten zur Anlage der unterirdischen Kabeltrasse wurde das Projekt in der reduzierten Form aus wirtschaftlicher Perspektive zunehmend unrentabel. Deshalb sicherte sich die ABO Wind AG südlich des ursprünglichen Geltungsbereichs weitere Flächen für die Errichtung eines Solarparks mit einer Gesamtgröße von 8,0 ha.

Beide Geltungsbereiche „Solarpark Bruchweiler“ und „Solarpark Bruchweiler Süd“ sollten im weiteren Verfahren zu einem Bebauungsplan „Solarpark Bruchweiler“ zusammengefasst und fortgeführt werden.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB und Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan „Solarpark Bruchweiler Süd“ wurde vom 20.11.2023 bis zum 22.12.2023 durchgeführt.

Das Dienstleistungszentrum ländlicher Raum (DLR) hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass gemäß § 42 Nachbarschaftsgesetz Rheinland-Pfalz Einfriedigungen von der Grenze eines landwirtschaftlich genutzten Grundstückes, das außerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils liegt und nicht in einem Bebauungsplan als Bauland zugewiesen ist, auf Verlangen des Nachbarn 0,5 m zurückgesetzt werden müssen und Einfriedigungen ebenfalls von der Grenze eines Wirtschaftsweges 0,5 m zurückgesetzt werden müssen. Der Hinweis wurde als Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.

Das Forstamt Idarwald hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass zum Schutz des geplanten Solarparks vor umstürzenden Bäumen aus dem angrenzenden Waldgebiet ein ausreichend dimensionierter Schutzabstand zum angrenzenden Wald eingehalten werden sollte. Demnach seien - gem. den Vollzugshinweisen zur Landesverordnung über Gebote für Solaranlagen auf Ackerland- oder Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten - zum nördlich angrenzenden Wald 30 m, zum südlichen Wald 180 m und zum westlichen bzw. östlichen Wald 90 m Abstand einzuhalten. Entsprechend dieser Vorgaben sollte zum westlich der Projektfläche liegenden Waldbestand ein Abstand von 90 m eingehalten werden. Bei Einhaltung eines solchen Mindestabstands wäre der schuldrechtliche Haftungsverzicht des Betreibers entbehrlich. Dem Hinweis wurde insofern gefolgt, dass die Baugrenze auf einen Abstand von 30 m zum angrenzenden Wald zurückgezogen wurde.

Die Generaldirektion Kulturelles Erbe, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier wies in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass nördlich der Planfläche eine römische Fundstelle mit mehreren Steinkistengräbern aktenkundig sei, wobei die vollständige Ausdehnung der Fundstelle nicht bekannt ist. Da die mit einer Umsetzung der Planung verbundenen Bodeneingriffe zu einer Gefährdung bzw. Zerstörung der ggf. noch erhaltenen archäologischen Funde § 16 DSchG RLP führen könnten, wurde der Geltungsbereich des Vorhabens als archäologische Verdachtsfläche eingestuft. Der Vorhabenträger hat im Vorfeld der Maßnahme bereits eine geophysikalische Prospektion durchführen lassen (24.04.2023, 25.04.2023, 27.04.2023, 25.09.2023 und 26.09.2023) und die Messergebnisse der GDKE Landesarchäologie Trier am 24.11.2023 zugesandt. In den Ergebnissen dieser zerstörungsfreien Magnetometer-Messungen zeichnen sich archäologische Befunde in der Regel deutlich ab. Die Auswertung der Messergebnisse stand zum Zeitpunkt der Stellungnahme noch aus. In einer ergänzenden Stellungnahme wurde dargelegt, dass in sich den Messergebnissen keine Hinweise auf die Existenz von qualitativ und quantitativ hochwertigen archäologischen Hinterlassenschaften erkennen lassen. Daher äußerte die Landesarchäologie-Außenstelle Trier keine Bedenken mehr bezüglich des Vorhabens.

Das Landesamt für Geologie und Bergbau hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass im Bereich des Bebauungsplanes "Solarpark Bruchweiler Süd" kein Altbergbau dokumentiert sei und aktuell kein Bergbau unter Bergaufsicht erfolge. Es wurde darauf hingewiesen, dass in der Gemarkung Bruchweiler untertägiger Abbau von Dachschiefer dokumentiert sei. Dachschiefer sei gemäß Bundesberggesetz kein bergfreier Bodenschatz und somit sei für die Gewinnung dieses Rohstoffes keine Bergbauberechtigung notwendig. Beim LGB sei maximal untertägiger Abbau von Dachschiefer verzeichnet. Da die Führung eines Risswerkes erst mit Einführung des allgemeinen Preußischen Bergrechts verpflichtend war (1865), ist auch aus diesem Grunde davon auszugehen, dass die vorhandenen Unterlagen nicht lückenlos sind. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass die Unterlagen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, da grundsätzlich die Möglichkeit bestünde, dass nicht dokumentierter historischer Bergbau stattgefunden haben kann, Unterlagen im Laufe der Zeit nicht überliefert wurden bzw. durch Brände oder Kriege verloren gingen. Sollten der Vorhabenträger bei den geplanten Bauvorhaben auf Indizien für Bergbau stoßen, wurde empfohlen spätestens dann einen Baugrundberater bzw. Geotechniker zu einer objektbezogenen Baugrunduntersuchung einzubeziehen. Der Hinweis des Landesamtes für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz (LGB) wurde im Textteil des Bebauungsplanes ergänzt. Zudem wurden allgemeine bodenschutzrechtliche Hinweise vorgebracht, die als Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen wurden.

Der Landesbetrieb Mobilität Bad Kreuznach wies in seiner Stellungnahme darauf hin, dass die verkehrliche Anbindung neu zu errichtender baulicher Anlagen über eine direkte oder mittelbare Zufahrt außerhalb des Erschließungsbereiches einer Ortsdurchfahrt grundsätzlich dem Bauverbot des § 22 Absatz 1 Ziffer 2 Landesstraßengesetz (LStrG) unterliege. Es obliegt dabei dem LBM Bad Kreuznach als Straßenbaubehörde im Rahmen einer Ermessensentscheidung darüber zu befinden, inwieweit eine Ausnahmegenehmigung gemäß § 22 Absatz 5 LStrG in Betracht komme. Darüber hinaus stelle die Nutzung einer Zufahrt zu einer Landesstraße außerhalb der Ortsdurchfahrt eine Sondernutzung im Sinne des § 43 Absatz 1 LStrG dar und bedürfe gemäß § 41 Absatz 1 LStrG einer Erlaubnis unserer Straßenbaubehörde. Nach § 43 Absatz 3 LStrG stelle auch die Änderung einer Zufahrt eine Sondernutzung dar und sei damit erlaubnispflichtig; dies gelte auch, wenn die Zufahrt einem erheblich größeren oder einem andersartigen Verkehr als vorher dienen solle.

Um im vorliegenden Fall eine Ausnahmegenehmigung vom vor genannten bestehenden Bauverbot und damit einhergehend die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis prüfen zu können, seien der Dienststelle aus Gründen der Verkehrssicherheit Detailpläne der Zufahrt und Nachweise zur einvernehmlichen Abstimmung vorzulegen. Die Hinweise wurden berücksichtigt. Es wurden die in der Stellungnahme geforderten Einzelnachweise erstellt, die dem Landesbetrieb Mobilität Bad Kreuznach parallel zur formalen Beteiligung zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt wurden. Die allgemeinen Hinweise und Auflagen des LBM wurden als Hinweise in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.

Die Landwirtschaftskammer hat in ihrer Stellungnahme grundsätzliche Bedenken gegenüber der Planung vorgebracht, da der Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen gem. LEP IV flächenschonend zu erfolgen habe. Der Grundsatz G 166 des LEP IV verlange, „dass Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen errichtet werden sollen“. Daher sei bei allen Überlegungen der vorbereitenden Bauleitplanung mit einem konkreten Nachweis zu prüfen, ob im gesamten Raum der jeweiligen Flächennutzungsplanung auf VG-Ebene entsprechende Konversionsflächen zur Verfügung stehen. Nach G 166 sei es demnach erforderlich, dass zunächst nachweislich alle Potentiale von Konversions- und Deponieflächen erschlossen und zu nutzen sind. Weiterhin verlange der flächenschonende Ausbau darüber hinaus die Einbeziehung von Alternativen. Daher seien ergänzend alle Potentiale von Dachflächen in den Kommunen zu ermitteln. Neben privaten Gebäuden zählen hierzu alle Gebäude der öffentlichen Hand. Des Weiteren führe eine Überplanung und Einzäunung der Flächen zu Jagdpachtminderungen, die sich wiederum negativ auf den landwirtschaftlichen Wegebau auswirken würden, da diese in der Regel von Geldern der Jagdgenossenschaft mitfinanziert werden. Zudem bestehe die Gefahr, dass sich durch die Umzäunung der PV-Anlage der Wildschaden vermehrt auf den angrenzenden Flächen konzentriert. Für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen sollte grundsätzlich keine naturschutzfachliche Kompensation eingefordert werden. Durch die Erzeugung regenerativer Energie und durch die i.d.R. extensive Nutzung der verbleibenden Flächen ergeben sich bereits Aufwertungspotenziale, die verbindlich anzurechnen seien. Solarparks leisten einen Beitrag zur Erreichung der Energiewende im Sinne einer dezentralen Produktion erneuerbarer Energien und dient somit dem Allgemeinwohl. Die Landwirte sind durch den temporären Wegfall von Teilen ihrer Produktionsflächen nicht in ihrer Existenz gefährdet. Auf den Flächen werden keine Pestizide oder sonstige für Flora und Fauna schädlichen Substanzen eingetragen. Darüber hinaus wurden eine Rückbauverpflichtung und Folgenutzung „Landwirtschaft“ per Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen. Somit ist gewährleistet, dass die überplanten Flächen nach Beendigung der photovoltaischen Nutzung wieder für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen können. Zudem wird in § 2 des EEG 2023 der Errichtung von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien, wie folgt Vorrang eingeräumt: „Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.“ In der 2. Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplans Rheinhessen-Nahe ist der Grundsatz des „sparsamen Umgangs mit Boden“ (G_N168) wie folgt definiert: „Von baulichen Anlagen unabhängige Photovoltaikanlagen sollen flächenschonend, insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen sowie auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und

Grünlandflächen errichtet werden.“ Die Alternativenprüfung erfolgte anhand dieser Kriterien. Eine Betrachtung der gesamten Dachflächen der Verbandsgemeinde ist weder umsetzbar noch im Sinne der Gesetzgebung. Es verläuft weder eine Autobahn noch eine Bahntrasse innerhalb der Gemarkung Bruchweiler. Militärische Konversionsflächen auf Bruchweiler Gemarkung sind nicht vorhanden. Es befinden sich keine zivilen und/oder militärischen Konversionsflächen in der Ortsgemeinde Bruchweiler. Gem. dem Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe handelt es sich vorliegend um eine sonstige Landwirtschaftsfläche und nicht um ein Vorranggebiet für die Landwirtschaft. Die Ackerzahlen im Gebiet liegen zwischen 20 bis 40, was dem niedrigen Bereich zuzuordnen ist (zweitniedrigste Stufe in der 6-stufigen Skala). Auch im Vergleich mit der durchschnittlichen Ertragsmesszahl im Landkreis Birkenfeld, die zwischen 35 und 45 liegt, sowie in der Gemarkung Bruchweiler mit einem Durchschnittswert von 36, liegen die Werte innerhalb des Solarparkgebietes größtenteils im unteren Bereich. Die gewichtete Ackerzahl der nördlichen Fläche bei 32,4. Diese Bewertung spiegelt sich auch bei der Bewertung des natürlichen Ertragspotenzials wider, das laut BFD5L als mittel eingestuft wird. Die Bedeutung des betroffenen Gebietes für die landwirtschaftliche Nutzung ist daher bezüglich der natürlichen Nutzungseignung größtenteils als gering zu bewerten. Zu diesem Ergebnis kommt man auch bei einer Interpretation der Gesamtbewertung der Bodenfunktionsbedeutung bezüglich der landwirtschaftlichen Nutzung (BFD5 L). Dem Boden des Plangebietes wird bezüglich der landwirtschaftlichen Nutzung ein geringer Bodenfunktionswert zugeordnet. Bezüglich der natürlichen Standortgegebenheiten kommt dem Solarparkgebiet für die landwirtschaftliche Nutzung demnach insgesamt eine geringe Bedeutung zu. Dies wird dadurch bestätigt, dass die Ortsgemeinde Bruchweiler inkl. Plangebiet gemäß der Neuabgrenzung 2020 zu den benachteiligten Gebieten zählt. Dieser Einstufung folgend wird das Vorhabengebiet im Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe lediglich als „sonstige Landwirtschaftsfläche“, nicht aber als Vorranggebiet für die Landwirtschaft dargestellt. Der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V. wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zur Stellungnahme aufgefordert. Dieser hat keine Bedenken hinsichtlich einer durch das Planvorhaben verursachten Jagdpachtminderung vorgebracht. Sofern durch den Betrieb des Solarparks wider Erwarten eine Jagdpachtminderung verursacht wird, wird eine gemeinsame Regelung zwischen dem Betreiber des Solarparks und der Ortsgemeinde gefunden. Nach Abwägung aller obenstehenden Punkte kann der Photovoltaik-Freiflächenanlage der Vorrang gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung gewährt werden.

Die Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe wies darauf hin, dass mehrere Ziele und Grundsätze der Raumordnung durch den Bebauungsplan betroffen seien. Die Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe bestätigte, dass das Plangebiet für den Solarpark Bruchweiler in einer „Sonstigen Landwirtschaftsfläche“ liege und insoweit als unkritisch betrachtet wird. Die Geschäftsstelle gab dennoch zu bedenken, dass der nun geplante 8 ha große Solarpark „Bruchweiler-Süd“ ein hohes Konfliktpotenzial aufweise, das die Fläche im Naturpark Saar-Hunsrück liege und im Regionalen Raumordnungsplan (ROP) Rheinhessen-Nahe 2014 als Vorranggebiet Grundwasserschutz (Z) und Vorbehaltsgebiet Freizeit, Erholung und Landschaftsbild (G) dargestellt sei. Eine Zielbetroffenheit werde jedoch nicht gesehen, da das Vorranggebiet Grundwasserschutz wohl auch als Trinkwasserschutzgebiet „Steinbachtalsperre“, jedoch nur mit Schutzzone III ausgewiesen ist. In der Schutzzone III eines Trinkwasserschutzgebietes seien Freiflächen-Photovoltaikanlagen zulässig. Dies entspräche auch dem Kriterienkatalog der Potenzialstudie „Freiflächen-Photovoltaik“. Da kein Zielkonflikt vorliege, stimmte die

Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe dem Vorhaben zu.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord brachte in ihrer Stellungnahme allgemeine Hinweise zur Starkregenvorsorge vor. Es wurde ein entsprechender Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde entsprechend redaktionell ergänzt.

Die Landes-Aktions-Gemeinschaft Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz e.V. und die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Rheinland-Pfalz e.V. haben in ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass die Inanspruchnahme von ca. 8,0 ha landwirtschaftlicher Fläche einen recht großen Eingriff darstelle. Vorgesehene Ausgleichsmaßnahmen seien als „produktionsintegrierte Maßnahmen“ erwähnt, eine präzise Beschreibung, was man sich darunter vorstellen solle, fehle jedoch. Es wurde um eine detaillierte Auflistung gebeten. Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Auf Grundlage des zwischenzeitlich erstellten Umweltberichtes wurden Vermeidungs-, Verminderungs- und Kompensationsmaßnahmen definiert, die als Festsetzungen in den Bebauungsplan aufgenommen wurden.

Die formale Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB fand vom 06.05.2024 bis zum 07.06.2024 statt.

Im Rahmen der formellen Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB haben sich Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange geäußert.

Der Feuerwehrtechnische Bedienstete der Kreisverwaltung Birkenfeld hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass die PV-Anlage in maximalen Abständen von 100 m mit Verkehrsflächen zu unterteilen sei. Diese Flächen müssten für den Einsatz von Brandbekämpfungs- und Rettungsgeräten/Fahrzeugen im Plangebiet, bezogen auf die Fahrspurbreiten, die Druckfestigkeiten und die Kurvenradien, entsprechend der technischen Baubestimmungen (Fassung Mai 2021) errichtet werden. Auf Grundlage der eingegangenen Stellungnahme fand eine Abstimmung zwischen Vorhabenträger und dem Feuerwehrtechnischen Bediensteten der Kreisverwaltung Birkenfeld statt. In der ergänzenden Stellungnahme wies der Feuerwehrtechnische Bedienstete der Kreisverwaltung Birkenfeld darauf hin, dass aus feuerwehrtechnischer Hinsicht gegen die vorgelegten Detailpläne keine Bedenken bestünden, wenn die Zuwegungen für den Einsatz von Brandbekämpfungs- und Rettungsgeräten/Fahrzeugen im Plangebiet, bezogen auf die Fahrspurbreiten, die Druckfestigkeiten und die Kurvenradien, entsprechend der technischen Baubestimmungen (Fassung Mai 2021) errichtet werden. Der ergänzende Hinweis wurde als Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.

Die Gesundheitsverwaltung der Kreisverwaltung Birkenfeld hat in ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass ein Teil des Planungsgebietes in einer Grundwasserschutzzone III, hier Schutzzone der Steinbachtalsperre, liege. Bei der Baustelleneinrichtung sollten möglichst wenige Schäden am Boden verursacht werden, ebenso sollte die Oberflächenbeschaffenheit so gering wie möglich verändert und eine großflächige Verdichtung durch Baumaschinen oder sonstige Geräte vermeiden werden. Bei allen Arbeiten mit wassergefährdenden Stoffen (wie z.B. Öle, Schmiermittel, usw.) seien entsprechende Vorrichtungen und Wannen vorzuhalten, die bei einem Störfall verhindern, dass diese Stoffe in den Boden eindringen können. Es sei bei den Arbeiten zur Aufstellung des Solarparks darauf zu achten, dass weder Wassergefährdende Stoffe, Schutt noch sonstige Abfälle, die eine wassergefährdende

Eigenschaft aufweisen, dort abgelagert werden (weder dauerhaft noch temporär). Die Hinweise des Gesundheitsamtes wurden zur Kenntnis genommen. Im vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes war bereits ein entsprechender Hinweis auf die Lage innerhalb der Schutzzone III des Trinkwasserschutzgebietes Steinbachtalsperre enthalten. Darüber hinaus waren im vorgelegten Entwurf Festsetzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB enthalten, die den Schutz des Trinkwasserschutzgebietes sicherstellen.

Das Dienstleistungszentrum ländlicher Raum (DLR) hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass aus landeskultureller und bodenordnerischer Sicht gegenüber dem Bebauungsplan keine Bedenken bestünden. Eigenplanungen seien in diesem Bereich nicht vorhanden. Falls Wegeverbindungen durch die Planung dauerhaft entfallen sollten, wären diese Wege vorher aufzuheben. Der Ortsgemeinderat hat in seiner Sitzung am 04.03.2024 die Satzung über die Aufhebung und Einziehung der gemeindlichen Wirtschaftswege, Gemarkung Bruchweiler, Flur 13, Flurstück 40 und Gemarkung Bruchweiler, Flur 12, Flurstück 26 beschlossen. Die Genehmigung durch die Kreisverwaltung als Aufsichtsbehörde erfolgte am 16.05.2024. Die gemeindlichen Wirtschaftswege, Gemarkung Bruchweiler, Flur 13, Flurstück 40 und Gemarkung Bruchweiler, Flur 12, Flurstück 26 werden, da kein öffentliches Interesse an der Beibehaltung der Wegeparzellen mehr besteht, aufgehoben und eingezogen. Die umliegenden Grundstücke sind anderweitig erschlossen. Es wurde zudem darauf hingewiesen, dass möglicherweise in den Ackerflächen des Plangebietes landwirtschaftliche Drainageanlagen verlegt wurden. Falls diese Anlagen durch Baumaßnahmen betroffen seien, müssten sie wieder ordnungsgemäß angeschlossen oder umgelegt werden, damit auf den angrenzenden landwirtschaftlichen Ackerflächen keine Staunässe verursacht wird. Dem Hinweis wurde gefolgt. Es wurde ein entsprechender Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.

Das Forstamt Idarwald hat in seiner Stellungnahme erneut darauf hingewiesen, dass zum Schutz des geplanten Solarparks vor umstürzenden Bäumen aus dem angrenzenden Waldgebiet ein ausreichend dimensionierter Schutzabstand zum angrenzenden Wald eingehalten werden sollte. Demnach seien - gem. den Vollzugshinweisen zur Landesverordnung über Gebote für Solaranlagen auf Ackerland- oder Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten - zum nördlich angrenzenden Wald 30 m, zum südlichen Wald 180 m und zum westlichen bzw. östlichen Wald 90 m Abstand einzuhalten. Entsprechend dieser Vorgaben sollte zum westlich der Projektfläche liegenden Waldbestand ein Abstand von 90 m eingehalten werden. Gem. der seitens des Forstamtes im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingebrachten Stellungnahme wurde die Baugrenze auf einen Abstand von 30 m zum angrenzenden Wald zurückgezogen. Der in Rede stehende Wald befindet sich im Eigentum der Ortsgemeinde Bruchweiler. Zwischen Vorhabenträger und Ortsgemeinde wird eine Haftungsfreistellung vereinbart, so dass auf die Einhaltung des in der Stellungnahme vorgeschlagenen erhöhten Abstandes verzichtet werden kann.

Die Generaldirektion Kulturelles Erbe, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier wies in ihrer Stellungnahme erneut auf die Übernahme allgemeiner Bedingungen und Auflagen hin. Die vorgebrachten Hinweise der Direktion Landesarchäologie Trier waren bereits als Hinweise im vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes enthalten.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord wiederholte in ihrer Stellungnahme die allgemeinen Hinweise zur Starkregenvorsorge. Die vorgebrachten Hinweise waren bereits als Hinweise im vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes enthalten.

Der Landesbetrieb Mobilität Bad Kreuznach ergänzte noch einmal die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung vorgebrachten Hinweise und Auflagen. Die vorgebrachten Bedingungen waren bereits zum Teil als Hinweise im vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes enthalten. Die aktualisierten Hinweise des LBM wurden als Hinweise in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.

Die Landwirtschaftskammer erneuerte in ihrer Stellungnahme die grundsätzlichen Bedenken gegen das Planvorhaben, da nach Interpretation der Landwirtschaftskammer des Grundsatzes 166 des Landesentwicklungsprogrammes IV zunächst alle anderen Möglichkeiten der Realisierung von Photovoltaikanlagen auszuschöpfen seien, ehe auf landwirtschaftliche Nutzflächen zurückgegriffen werden könne (Gebäude, versiegelte Flächen, Deponien, Konversionsflächen usw.). Es wurde zudem auf das Regionale Energiekonzept Baustein: Potenzialstudie Freiflächen-Photovoltaik im Rahmen der 3. Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes Rheinhessen-Nahe verwiesen, wonach wurden FFPV-Anlagen, die auf Ackerflächen eine Ertragsmesszahl von über 35 überschreiten, als nicht vereinbar mit den raumordnerischen Zielen anzusehen seien. Die tatsächliche Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen sei auf max. 2 % der Anbauflächen beschränkt. Zudem wirkten sich die Flächenentzüge im beschriebenen Umfang negativ auf die Agrarstruktur, die Boden- und Pachtpreise sowie auf einzelne Betriebsstrukturen aus. Hinzu käme, dass mögliche Brutreviere für die Feldlerche betroffen seien, was zu vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen auf weiteren Ackerflächen außerhalb des Planungsbereiches führe, wodurch es zu weiteren agrarstrukturellen Nachteilen durch die erheblichen Einschränkungen in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung und zu Flächenverlusten kommen würde. Des Weiteren führe eine Überplanung und Einzäunung der Flächen zu Jagdpachtminderungen, die sich wiederum negativ auf den landwirtschaftlichen Wegebau auswirken würden, da diese in der Regel von Geldern der Jagdgenossenschaft mitfinanziert werden. Zudem bestehe die Gefahr, dass sich durch die Umzäunung der PV-Anlage der Wildschaden vermehrt auf den angrenzenden Flächen konzentriert. Die Hinweise, Anregungen und Bedenken der Landwirtschaftskammer wurden zur Kenntnis genommen und im Folgenden zu den einzelnen Punkten Stellung bezogen. Solarparks leisten einen Beitrag zur Erreichung der Energiewende im Sinne einer dezentralen Produktion erneuerbarer Energien und dient somit dem Allgemeinwohl. Die Landwirte sind durch den temporären Wegfall von Teilen ihrer Produktionsflächen nicht in ihrer Existenz gefährdet. Auf den Flächen werden keine Pestizide oder sonstige für Flora und Fauna schädlichen Substanzen eingetragen. Darüber hinaus wurde eine Rückbaupflicht und Folgenutzung „Landwirtschaft“ per Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen. Somit ist gewährleistet, dass die überplanten Flächen nach Beendigung der photovoltaischen Nutzung wieder für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen können. Zudem wird in § 2 des EEG 2023 der Errichtung von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien, wie folgt Vorrang eingeräumt: „Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.“ Im Landesentwicklungsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz (LEP IV) ist der Grundsatz des „sparsamen Umgangs mit Boden“ wie folgt unter definiert:

„G 166

Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen flächenschonend, insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen, entlang von linienförmigen Infrastrukturtrassen sowie auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen errichtet werden. Als Kenngröße für vergleichsweise ertragsschwächere landwirtschaftliche Flächen soll die regionaltypische Ertragsmesszahl herangezogen werden.“

Die 2. Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplans Rheinhessen-Nahe nimmt den v.g. Grundsatz des LEP IV, wie folgt auf:

„GN168

Von baulichen Anlagen unabhängige Photovoltaikanlagen sollen flächenschonend, insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen sowie auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen errichtet werden.“

Die Alternativenprüfung erfolgte anhand dieser Kriterien. Eine Betrachtung der gesamten Dachflächen der Verbandsgemeinde ist weder umsetzbar noch im Sinne der Gesetzgebung. Es verläuft weder eine Autobahn noch eine Bahntrasse innerhalb der Gemarkung Bruchweiler. Militärische Konversionsflächen auf Bruchweiler Gemarkung sind nicht vorhanden. Es befinden sich keine zivilen und/oder militärischen Konversionsflächen in der Ortsgemeinde Bruchweiler. Gem. dem Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe handelt es sich vorliegend um eine sonstige Landwirtschaftsfläche und nicht um ein Vorranggebiet für die Landwirtschaft. Die in Rede stehende Potenzialanalyse ist als Instrument zur Positiv-Ausweisung von Potenzialflächen zu verstehen und nicht, wie dargelegt, als restriktives Planwerk mit Ausschlusswirkung. Zudem besitzt das Regionale Energiekonzept Baustein: Potenzialstudie Freiflächen-Photovoltaik keinen rechtsbindenden Charakter. Der Ortsgemeinde obliegt - außerhalb der in der Potenzialstudie dargestellten Vorbehaltsgebiete für Photovoltaik - weiterhin die Planungshoheit zur Aufstellung von Bebauungsplänen mit der Zielsetzung Ausweisung zusätzlicher Sondergebiete zur Errichtung von Solarparks. Der Errichtung der geplanten PV-Freiflächenanlage stehen somit keine raumordnerischen Ziele entgegenstehen. Dies wird auch durch die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingebrachte Stellungnahme der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe bestätigt:

„der geplante 17,2 ha große Solarpark „Bruchweiler“ weist ein hohes Konfliktpotenzial auf. Die Fläche befindet sich im Naturpark Saar-Hunsrück und ist im Regionalen Raumordnungsplan (ROP) Rheinhessen-Nahe 2014 zum größten Teil als Vorranggebiet Grundwasserschutz (Z) und Vorbehaltsgebiet Freizeit, Erholung und Landschaftsbild (G) dargestellt.

Eine Zielbetroffenheit wird jedoch nicht gesehen, da das Vorranggebiet Grundwasserschutz wohl auch als Trinkwasserschutzgebiet „Steinbachtalsperre“, jedoch nur mit Schutzzone III ausgewiesen ist. In der Schutzzone III eines Trinkwasserschutzgebietes sind Freiflächen-Photovoltaikanlagen zulässig. Dies entspricht auch dem Kriterienkatalog der Potenzialstudie „Freiflächen-Photovoltaik“, der für die dritte Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes erstellt wurde.

Da kein Zielkonflikt vorliegt, stimmt die Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe dem Vorhaben zu.“

Die Ackerzahlen im Gebiet liegen zwischen 20 bis 40, was dem niedrigen Bereich zuzuordnen ist (zweitniedrigste Stufe in der 6-stufigen Skala). Auch im Vergleich mit der durchschnittlichen Ertragsmesszahl im Landkreis Birkenfeld, die zwischen 35 und 45 liegt, sowie in der Gemarkung Bruchweiler mit einem Durchschnittswert von 36, liegen die Werte innerhalb des Solarparkgebietes größtenteils im unteren Bereich. Die gewichtete Ackerzahl der südlichen Fläche liegt bei 35,3. Diese Bewertung spiegelt sich auch bei der Bewertung des natürlichen Ertragspotenzials wider, das laut BFD5L als mittel eingestuft wird. Die Bedeutung des betroffenen Gebietes für die landwirtschaftliche Nutzung ist daher bezüglich der natürlichen Nutzungseignung größtenteils als gering zu bewerten. Zu diesem Ergebnis kommt man auch bei einer Interpretation der Gesamtbewertung der Bodenfunktionsbedeutung bezüglich der landwirtschaftlichen Nutzung (BFD5 L). Dem Boden des Plangebietes wird bezüglich der landwirtschaftlichen Nutzung ein geringer Bodenfunktionswert zugeordnet. Bezüglich der natürlichen Standortgegebenheiten kommt dem Solarparkgebiet für die landwirtschaftliche Nutzung demnach insgesamt eine geringe Bedeutung zu. Dies wird dadurch bestätigt, dass die Ortsgemeinde Bruchweiler inkl. Plangebiet gemäß der Neuabgrenzung 2020 zu den benachteiligten Gebieten zählt. Dieser Einstufung folgend wird das Vorhabengebiet im Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe lediglich als „sonstige Landwirtschaftsfläche“, nicht aber als Vorranggebiet für die Landwirtschaft dargestellt. Der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V. wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zur Stellungnahme aufgefordert. Dieser hat keine Bedenken hinsichtlich einer durch das Planvorhaben verursachten Jagdpachtminderung vorgebracht. Sofern durch den Betrieb des Solarparks wider Erwarten eine Jagdpachtminderung verursacht wird, wird eine gemeinsame Regelung zwischen dem Betreiber des Solarparks und der Ortsgemeinde gefunden. Nach Abwägung aller obenstehenden Punkte kann der Photovoltaik-Freiflächenanlage der Vorrang gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung gewährt werden.

Das Landesamt für Geologie und Bergbau wiederholte in seiner Stellungnahme die im Rahmend er frühzeitigen Beteiligung vorgebrachten Hinweise, welche bereits als Hinweise im vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes enthalten waren.

Die Landes-Aktions-Gemeinschaft Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz e.V. und die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Rheinland-Pfalz e.V. haben in ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass die „neue 2. Fläche“ sehr dicht an der Steinbachtalsperre liege. Im Umweltgutachten sei der Kammmolch aufgeführt, welcher im Umkreis bis zu 1000 m Entfernung zum Gewässer vorkommt. Dies sei in den Planungsunterlagen so vermerkt. An anderer Stelle sei dargelegt, dass es in dieser Entfernung kein Gewässer im Bereich der 2. Teilfläche gebe und wiederum sei an anderer Stelle die Entfernung der 2. Teilfläche zur Steinbachtalsperre mit unter 200 m angegeben. Die Planung werde in Gänze abgelehnt, da es sich doch bei den beplanten Flächen um Freilandflächen handele, welche u.a. auch für den Rotmilan zum Nahrungshabitat gehören und auch dem Äser des Rehwildes entzogen würden. Die fehlende Nähe zu einer Einspeisungsmöglichkeit ließe auch weiterhin Zweifel an der Rentabilität aufkommen. Gleichzeitig müssten noch weitere Baumaßnahmen für die entsprechenden Leitungen erfolgen, welche derzeit in Umfang und Auswirkung noch nicht betrachtet seien. Die entsprechende Nutzungsänderung würde eine spätere Rückkehr zur landwirtschaftlichen Nutzung wiederum erschweren. Die Entfernung der 2. (südlichen) beplanten Teilfläche zum Wasserkörper der Steinbachtalsperre beträgt mindestens 517 m. Da die maximale Distanz von Landlebensraum und Laichgewässer des Kammmolch 500 bis 1.000 m beträgt und die Art im entsprechenden TK-Blatt (6209) gemeldet ist, wurde die Art

im Umweltbericht betrachtet. Eine Eignung der Steinbachtalsperre oder anderer potenzieller Laichgewässer im Umkreis des Vorhabens und in einem Abstand von maximal 1.000 m konnte jedoch nicht festgestellt werden. Wie im Umweltbericht dargelegt, werden Beeinträchtigungen von Amphibien durch das Vorhaben ausgeschlossen. Bei den in Rede stehenden Plangebieten handelt es sich nicht um essentielle Nahrungshabitate für den Rotmilan oder das Rehwild. Größeren Tierarten stehen im direkten Umfeld des Plangebietes ausreichende Nahrungshabitate zur Verfügung. Erhebliche negative Beeinträchtigungen sind somit nicht zu erwarten. Auf Grundlage des fertiggestellten und ebenfalls vorgelegten Umweltberichtes wurden externe Kompensationsmaßnahmen zum Schutz der Feldlerche im Bebauungsplan festgesetzt. Nach dem Umweltbericht sind negativen Beeinträchtigungen des Rotmilans nicht zu erwarten.

Seitens der Öffentlichkeit wurde darauf hingewiesen, dass die dauerhafte Sicherung und Kontrolle der im Bebauungsplan festgesetzten Maßnahme 009 A nicht ersichtlich sei. Es bestünde die Gefahr, dass die Blühstreifen mit der Zeit umgepflügt und als Acker genutzt werden würden. Die dauerhafte Sicherung und Kontrolle der Maßnahme 009 A ist Bestandteil des zwischen der Ortsgemeinde und dem Vorhabenträger geschlossenen städtebaulichen Vertrages.

Seitens der Nachbargemeinden wurden im Rahmen der Beteiligung gem. § 2 Abs. 2 BauGB keine Hinweise, Einwände oder Bedenken zum vorliegenden Bebauungsplan vorgebracht.

3. Ergebnisse der geprüften alternativen Planungsmöglichkeiten und Begründung für die Auswahl der Fläche

Um eine Vorauswahl an potenziell geeigneten Standorten für den geplanten Solarpark zu treffen, hat der Vorhabenträger (ABO Wind AG) eine Alternativenprüfung durchgeführt. Hierfür wurde geprüft, ob geeignete Gewerbegebiete, Konversionsflächen oder Freiflächen im Gemeindegebiet Bruchweiler vorhanden und verfügbar sind. Entscheidend bei der Auswahl des Plangebietes war dabei die Bewertung des Konfliktpotenzials und die Festlegung der folgenden Ausschlussbereiche:

- FFH-Gebiete
- Waldbereiche
- Gesetzlich geschützten Biotope
- Vorranggebiete für Landwirtschaft
- Wasserschutzgebiete (Zone I und II)
- Siedlungsgebiete (und ihr Umfeld von 200 m)

Die Alternativenprüfung ergab neben dem aktuellen Plangebiet (2 Teilflächen) eine weitere Alternativfläche. In der Folge fand eine Bewertung der jeweiligen Konfliktpotenziale statt.

Für die Alternativfläche ergab sich aus den folgenden Punkten ein insgesamt höheres Konfliktpotenzial als für das aktuelle Plangebiet (2 Teilflächen), weshalb eine Planung auf der Alternativfläche nicht weiterverfolgt wurde. Die Alternativfläche befindet sich zu einen näher an der Ortslage Bruchweiler, zu anderen weist sie einen großen Anteil an potenziell

hochwertigen Grünlandbiotopen auf und erscheint damit ökologisch wertvoller als das aktuelle Plangebiet. Die Alternativfläche befindet sich zudem innerhalb des Vorranggebietes Regionaler Biotopverbund und grenzt unmittelbar an den Flachsbach an. Dieser stellt mit seinem Umfeld einen schwer ausgleichbaren Lebensraum für an Fließgewässer gebundene Arten dar. Zudem befinden sich aktuell Feldgehölze auf der Alternativfläche, die voraussichtlich entfernt werden müssten.